



Rainer Rothe

Diplom-Psychologe

Praxis für Psychotherapie
Emser Platz 2 · 10719 Berlin

Fon: 030 - 88 66 79 59
Fax: 030 - 88 66 79 60

E-Mail: praxis@rainerrothe.de
Web: www.rainerrothe.de



Coaching DP
Supervisor BD
Hypnos
EMDR/IRR
Traumatherapi
Schematherapi
Verhaltenstherapi
Kinderpsychotherapi
Lehr- u. Kontrollanalytiker FPI/EA
Tiefenpsychologisch fundiert
Psychotherapi

Rainer Rothe Praxis für Psychotherapie · Emser Platz 2 · 10719 Berlin

Herrn

Bundespräsident

Frank-Walter Steinmeier

Bundespräsidialamt

Spreeweg 1

10557 Berlin

Zitat eines Opfers – 2021, 5 Jahre nach dem Anschlag: „Ich wünschte, der LKW hätte mich totgefahren. Ich wünschte die Sanitäter hätten mich danach nicht wiederbelebt. Ich wünschte, ich wäre jetzt tot. Das wäre für alle Beteiligten hier das Beste.“

Berlin, 13.12.2021

Sehr geehrter Herr Bundespräsident!

Zum 5. Jahrestag des Terroranschlages am Breitscheidplatz, zu dem Sie persönlich anwesend sein wollen, falls es die Umstände zulassen, möchte ich als behandelnder Psychotherapeut von über 10 Opfern einen weiteren Appell und Hilferuf für die Betroffenen abgeben.

Es ist bedauerlicherweise der dritte offene Brief an die verantwortlichen Politiker, ohne dass eine Antwort oder Reaktion zum Wohle der Opfer erfolgte. Eine Antwort von Berlins Bürgermeister Müller steht noch aus.

Im Namen des Bundestagspräsidenten, Herrn Dr. Wolfgang Schäuble, wurde ein Dank für meinen 2. offenen Brief formuliert mit folgendem Inhalt: „Der Präsident teilt Ihre Auffassung, dass für Opfer von Gewalttaten und Terroranschlägen möglichst umfangreiche Hilfen zur Verfügung gestellt werden müssen. Insbesondere ist ein aktueller und unbürokratischer Zugang zu Hilfsangeboten von wesentlicher Bedeutung“. (Deutscher Bundestag, Petitionsausschuss, Schreiben vom 5. Oktober 2021/Pet 3-19-84-050429).

Am 06.09.2017 haben Sie, Herr Bundespräsident, folgenden Satz verkündet: „Wir treten dem Terror auch dadurch entgegen, dass wir den Opfern zur Seite stehen.“

Dieser Aussage haben alle Betroffenen vom Breitscheidplatz vertraut. Wir wissen alle, wie sehr Sie sich für Opfer des Krieges und des Terrors eingesetzt haben. Dafür ist Ihnen jeder Bürger dieses Landes dankbar.

In Bezug auf die Terroranschläge in Nizza und Berlin möchte ich aber über die fatalen und menschenverachtenden Umgangsformen seitens der zuständigen Institutionen, Behörden, einigen Gutachtern sowie Beratungsärzten berichten. Hier hat die Politik versagt! Viele Betroffene sprechen von Behördenterror, sogar von Behördenfaschismus. Ich würde es strukturelle Gewalt von Institutionen nennen. Es gibt natürlich auch hier die rühmliche Ausnahme von Menschen, die auch in diesen Institutionen ihre Menschlichkeit bewahrt haben und mit Engagement den Opfern helfen. Dies sind aber nach meiner Erfahrung und der meiner Patienten eben leider nur Ausnahmen.

Hilflos und ohnmächtig müssen die Opfer und die Angehörigen zusehen und miterleben, wie der Terror für die Geschädigten weitergeht. Für manche von ihnen ist dieser Umgang genauso retraumatisierend wie der Anschlag, weil sie sich wieder hilflos und ohnmächtig fühlen.

Sie erfahren von den Ämtern und Institutionen (LAGeSo, Unfallversicherung, Traumambulanz) keine wirkliche Hilfe, Solidarität oder Anerkennung ihres Leides und werden bis auf wenige Ausnahmen gedemütigt, entwürdigt und verletzt.

Es geht den Opfern nicht um Entschädigungszahlungen oder Renten, wie ihnen zum Teil unterstellt wird, sondern um die Anerkennung ihres Leidens und der komplexen Traumafolgestörungen, die sie ihr Leben lang begleiten werden und die ihnen zum Teil von unprofessionellen Gutachtern abgesprochen werden.

Es fehlt an Empathie, entsprechendem Fachwissen über Traumatherapie, an konkreter Hilfe, die zum Teil gar nicht oder erst nach Monaten oder Jahren unter großem Einsatz der Helfer geleistet wird. Keines der Opfer hat einen Fallmanager oder Lotsen zur Seite gestellt bekommen, der sie unterstützt. Sie wurden allein gelassen. Daraus resultiert bei ihnen eine große Politikverdrossenheit, weil schnelle, unbürokratische Hilfe versprochen wurde, welche aber bis heute nicht praktiziert wurde. Von Symbolpolitik und gut gemeinten Reden und Beteuerungen haben die Betroffenen genug.

In einer vom Unterzeichner durchgeführten Befragung von 23 Opfern von Terroranschlägen (s. Anhang) wurden nur 3 Personen nach dem Anschlag über eine Posttraumatische Belastungsstörung aufgeklärt.

Einige meiner Patienten haben bereits mehrere Suizidversuche unternommen und waren mehrfach in der Psychiatrie. Sie wurden von den schon benannten Behörden und Institutionen nicht ernst genommen. Bei Begutachtungen wurden die Selbstmordversuche vor dem Terroranschlag datiert, obwohl sie gerade Folge dessen waren!

Mütter, Eltern, Partner, Kinder von Getöteten/Geschädigten „sind im eigentlichen keine Betroffenen“ wie die Traumaambulanzen feststellten - sie blieben ohne Hilfe und geeignete Therapie. Sie waren auf sich selbst gestellt und konnten sehen, wie sie den Anschlag ohne Hilfe verarbeiten. Junge Schülerinnen und deren Eltern wurden nach dem Anschlag in Nizza in die Ferien geschickt – ohne jegliche Hilfe oder Aufklärung über die möglichen Symptome von Traumafolgestörungen und Anzeichen einer Posttraumatischen Belastungsstörung.

Bei zu viel berechtigter Kritik über unmenschliche abwertende Heilverfahrenskontrollen und Begutachtungen durch die o. g. Institutionen wird dann der Therapeut, der in seiner Praxis im Laufe von 45 Jahren etwa 80.000 Therapiestunden absolviert hat mit zumeist schwer traumatisierten Menschen, mit einem Behandlungsverbot belegt und darf keine Patienten mehr im Auftrag der Unfallkasse behandeln.

Die Betroffenen werden bei Begutachtungen und Untersuchungen im Auftrag der Behörden von bestimmten Gutachtern, welche nicht unabhängig sind, mehr verhört als befragt. Sie brechen während der zum Teil mehrstündigen Begutachtungen zusammen, geben zum Teil auf und müssen sich am Ende anhören, dass ihre Hilfe, die sie bei den Schwerverletzten geleistet haben, nach den geltenden Bestimmungen nicht ausreichend ist für eine Anerkennung als Ersthelfer.

Mütter, Väter, Kinder, Partner, Großeltern, die einen geliebten Menschen verloren haben, müssen sich sagen lassen, dass sie ja nicht betroffen sind, da sie nicht persönlich vor Ort waren. Äußerung gegenüber einer Patientin: „Menschen sterben nun mal an Krankheiten oder Unfällen.“ Dieser Vergleich verbietet sich und zeigt, welches unmenschliche Verhalten die Betroffenen teilweise ertragen müssen.

Wenn komplexe Traumafolgestörungen auf Vorerkrankungen geschoben oder als genetische oder altersbedingte Störungen abgetan werden, verschlägt es einem die Sprache.

Für mich als Psychotherapeut ist es besonders schwer, mit anzusehen, wie Menschen systematisch ohne Empathie zermürbt und zur Aufgabe ihrer berechtigten Ansprüche gebracht werden.

Mit dem bekannten Traumaforscher Ellert Nijenhuis stelle ich übereinstimmend fest: „In der Gesamtheit unseres Gesundheitswesens werden chronisch traumatisierte Menschen weiterhin missverstanden, nicht wahrgenommen in ihrem Leid, zum Teil schlecht behandelt, unterdiagnostiziert und fehldiagnostiziert.

- Traumatisierungen werden von Behörden und Institutionen als Bedrohung wahrgenommen und massiv abgewehrt.
- Der Grad der Schädigung wird bewusst verleugnet – ein Unfallopfer bekommt einen höheren Grad zugesprochen als ein Terroropfer.
- Nicht unabhängige Gutachter oder Behandler ziehen es vor, chronisch traumatisierte Menschen zu ignorieren oder emotional zu beherrschen, anstatt sie angemessene zu behandeln.
- Traumaambulanzen in Berlin, das LAGeSo, die Unfallkasse zeigen Ignoranz, oft Desinteresse oder nur sehr geringes Interesse an relevanten Forschungsergebnissen und Desinteresse an Weiterbildung zu Trauma und traumabezogener Dissoziation der Persönlichkeit. Es werden einseitig nur verhaltenstherapeutische Methoden vertreten.
- Das Ignorieren dieser Themen, das Diagnostizieren einer komplexen Posttraumatischen Belastungsstörung oder dissoziativen Störung führt zu einem Vermeidungsverhalten in Bezug auf die Betroffenen und zur Unterlassung wichtiger diagnostischer Maßnahmen zum Schaden der Patienten.
- Die Ausbildung von Gutachtern, Therapeuten und Wissenschaftlern im Gesundheitswesen sollte die Vermittlung profunder Kenntnisse und Expertisen bezüglich chronischer Traumatisierung und Dissoziation beinhalten.

Daher bitte ich Sie, Herr Bundespräsident, bei anderen Politikern habe ich leider kein Gehör gefunden, nehmen Sie Einfluss auf die Qualität und Quantität der Gesundheitsfürsorge für Terroropfer in Bezug auf chronische Traumatisierungen und Dissoziation.

Wir sind auf Anschläge immer noch sehr schlecht vorbereitet, wir brauchen höhere Standards für die Versorgung, müssen unbedingt großzügiger in die Ausbildung und das Training von

Fachleuten (Ärzte, Lehrer, Psychiater, Psychologen, Psychotherapeuten, Wissenschaftlicher, Richter, Anwälte, Polizisten) in Bezug auf chronische Traumatisierung investieren.

Die Kommunikation zwischen den Behörden muss dringend verbessert werden. Traumaambulanzen verweigern die Kommunikation mit Therapeuten, was sich stark negativ auswirkt. Kooperation und eine Kommunikation mit den Opfern sind im Interesse der gesamten Gesellschaft.

Laut E. Nijenhuis ist es wichtig zu realisieren, dass die Welt ein gefährlicher Ort ist, nicht wegen der Menschen, die böse sind und Terror und Gewalt verbreiten, sondern wegen der Menschen, die nichts dagegen tun (Albert Einstein).

Deshalb bitte ich Sie, Herr Bundespräsident, die Ignoranz, die gegenüber den Opfern von den Institutionen ausgeht, bewusst zu machen und möglichst positiv zu verändern und Ihren Einfluss geltend zu machen, um diese Missstände positiv zu verändern. Die Betroffenen erwarten endlich konkrete Hilfe sowie Anerkennung ihres Leidens, Solidarität und einen humanen Umgang von Seiten der Politik und der Institutionen.

Konkret bedeutet dies:

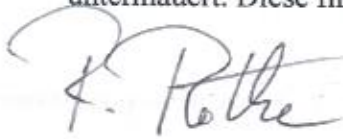
- eine unbürokratische Vorgehensweise sowie Unterstützung bei Anträgen
- kostenlose juristische Beratung
- Anerkennung als Härtefall z. B. in Bezug auf ein Studium
- Begutachtungen von Terroropfern müssen anders durchgeführt werden als bisher. Es muss anerkannt werden, dass eine politische Gewalttat, ein Terroranschlag bei den Opfern eine schwere komplexe Posttraumatische Belastungsstörung auslösen und den Grad der Schädigung maßgeblich erhöhen kann.
- Gutachten dürfen nicht nach Aktenlage erstellt werden, ohne die Patienten gesehen zu haben
- keine Gutachter aus der Forensik (LAGeSo)
- Begutachtungen sollten „gebündelt“ stattfinden. Es ist den Patienten nicht zuzumuten, sich bis zu 8 Begutachtungen im Jahr zu unterziehen.
- Die bisherige Begutachtungspraxis hatte eher den Charakter von Verhören, Opfer fühlten sich als Täter. „Insbesondere bei der Begutachtung von Traumafolgestörungen ist die Qualifikation der Gutachter sicherzustellen.
- Anträge für traumafokussierte Therapien sollten sofort genehmigt werden, eine Wartezeit von 3 bis 12 Monaten ist unzumutbar
- Reha-Maßnahmen sollten zeitnah und nicht erst 5 Jahre später bewilligt werden (LAGeSo)
- Traumaambulanzen sollten unabhängig arbeiten von der Unfallversicherung und dem LAGeSo
- Die Betroffenen müssen die Möglichkeit erhalten, selbst Gutachter benennen zu dürfen
- Der Grad der Schädigung muss in Bezug auf Terroropfer auf wissenschaftlicher Grundlage eine neue Einstufung und Festlegung erfahren
- Die Regelung zur Vermutung des ursächlichen Zusammenhangs der Traumafolgestörungen mit einem Terroranschlag sollte Anwendung finden
- Anspruch auf Leistungen bei Gewalttaten auch im Ausland (z. B. Nizza)
- Wünschenswert wäre ein internationaler Kongress zum Thema komplexe Traumafolgestörungen nach Terroranschlägen, um das Bewusstsein hierfür zu stärken.

Meine Botschaft an Sie als Bundespräsident lautet: Wenn wir die Opfer vergessen, dann geben wir dem Terror neuen Raum und Boden.

Deutschland sollte endlich seinen Umgang mit Opfern überdenken und seine Ignoranz erkennen, sonst machen wir uns alle schuldig.

Die Rechte von Opfern des Terrorismus und konkrete Maßnahmen zur Organisation und Unterstützung sind im „EU-Handbuch zu Opfern des Terrorismus“ vom EU-Kompetenzzentrum für Terroropfer aufgeführt. Ich fordere die Politik und die Behörden auf, endlich entsprechend diesen Vorgaben zu handeln. Es ist absolut unverständlich, dass bis heute kein einziger dieser Punkte umgesetzt wurde.

Ich habe eine Befragung von 23 Terroropfern (18 vom Breitscheidplatz und 5 von Nizza) durchgeführt, die die hier geschilderten Versäumnisse der Politik und der Behörden untermauert. Diese finden Sie im Anhang.



Rainer Rothe

Dipl.-Psych. Rainer Rothe
Psychologischer Psychotherapeut
- tiefenpsych. fundierte Psychotherapie -
- Verhaltenstherapie -
Emser Platz 2, 10719 Berlin-Charlottenburg-Wilmersdorf
Tel: 030/ 88 66 79 69
Fax: 030/ 88 66 79 67
72 69647

Anhang

Schilderung einiger konkreter Erlebnisse meiner Patienten mit Behörden/Gutachtern

- Im Falle eines Patienten, für den der Gutachter dem LAGeSo dringend eine Reha-Maßnahme angeraten hatte, konnte diese erst auf Drängen des Unterzeichners und Einsatz von Herrn Minister Seehofer im März 2021 – also 4 Jahre später – stattfinden.
- Bei diesem Patienten wurde durch den Gutachter des LAGeSo ein Dauerschaden festgestellt, obwohl der behandelnde Psychiater, der Psychotherapeut sowie die Reha-Klinik zu anderen Ergebnissen kamen.
- Die Betroffenen erfahren keine Unterstützung bei der Suche nach einem geeigneten Traumatherapeuten
- Von einem Gutachter im Auftrag des LAGeSo wurden Selbstmordversuche eines Patienten, die nach dem Anschlag aus Verzweiflung begangen wurden, vordatiert, um den Eindruck eines Vorschadens zu erwecken. Das Amt verweigerte die Korrektur der falschen Daten und riet, einen Verschlimmerungsantrag zu stellen.
- Die Kostenübernahme für eine Traumatherapie dauert zwischen 3 und 5 Monaten. Der Kommentar einer Sachbearbeiterin dazu: „Auch der Einsatz der Bundeskanzlerin wird den Vorgang nicht beschleunigen. Es geht hier alles der Reihe nach.“
- Der Opferbeauftragte, Herr Prof. Franke, riet einer Patientin, einen Antrag auf Anerkennung als Ersthelferin zu stellen. Dies wurde von der Unfallversicherung abgelehnt. Die erste Hilfe, die sie den schwer verletzten Kolleginnen gab, wurde bagatellisiert. Die Patientin musste diesen Anspruch einklagen – das Gericht hat einen Termin im Jahr 2022 anberaumt – also 6 Jahre später. Aus diesen Gründen kann sie mit dem Anschlag und den Folgen nicht abschließen.
- Eine Mutter, welche ihren Sohn auf bei dem Anschlag verloren hat, bekommt vom Gutachter die Auskunft, dass ihre Symptome eine normale Trauerreaktion wären – genetisch bzw. altersbedingt.

An dieser Stelle könnten noch viele weitere Vorkommnisse dieser Art aufgezählt werden, dies würde aber den Rahmen hier sprengen.